

t Was sich in Westdeutschland ! ändern muß :

Landreform tut not

Dem monopolkapitalistischen Staat, den % Feudalherren und kapitalistischen Großgrundbesitzern, den Banken, Versicherungsanstalten und dem Finanzkapital gehören in Westdeutschland 34 Prozent des gesamten land- und forstwirtschaftlichen Grundeigentums. Das heißt: 1,4 Prozent der Grund- und Bodeneigentümer haben über 60 Millionen Hektar Betriebsfläche in ihren Händen.

Aber über eineinhalb Millionen Bauern bis 20 Hektar (88 Prozent der Betriebe) verfügen nur über 37 Prozent des Grundeigentums.

„Regierende Fürstenhäuser“

Nach wie vor gibt es in Westdeutschland % adlige Feudalherren, die über Riesenflächen \$ verfügen. Hier nur eine Auslese der 21 größten Adelsfamilien und ihr Grundbesitz:

Markgraf Berthold von Baden	45 000 ha
Fürsten von Fürsten borg	39 280 ha
Fürsten von Sayn-Wittgenstein	26 192 ha
Fürsten von Hohenlohe	19 034 ha
Herzog von Arenberg	18 218 ha
die Hohenzollern	17 758 ha
Fürst von Thurn und Taxis	17 085 ha
Fürsten von Ysenburg	16 628 ha
Fürsten von Stollberg	15 980 ha
Großherzog von Oldenburg	13 810 ha
Grafen von Salm	12 885 ha
Grafen von Bülow	12 758 ha
Grafen von Westphalen	12 710 ha
Grafen Reventlow	12 353 ha
Fürsten von Solms	12 236 ha
Fürsten von Wertheim	11 322 ha
Herzog von Württemberg	10 233 ha
Grafen von Schulenber	9 415 ha
Fürsten von Waldeck	8 947 ha
Fürst von Bismarck	8 893 ha
Herzog von Sachsen-Koburg-Gotha	8 734 ha

Diese 21 Familien verfü gen mit ihren 349 471 Hektar über Grundbesitz, der die landwirtschaftliche Nutzfläche der rund 120 000 Bauern Nordrhein-Westfalens bis 10 Hektar erreicht.

(Entnommen aus Bauern-Echo" Nr. 113)

erhalten können, sondern zu Hunderttausenden liquidiert werden (von 1949 bis 1965 rund 550 000) bzw. auf das Los eines Nebenerwerbsbauern (gegenwärtig etwa eine Million Nebenerwerbsbauern) herabgedrückt werden.

Diese unfreiheitliche, undemokratische Ordnung zeigt sich auch in den Besitzverhältnissen in der westdeutschen Landwirtschaft. In Westdeutschland gehört dem monopolistischen Staat, den Feudalherren, dem Finanzkapital, dem privaten Großgrundbesitz, den Banken, Versicherungsgesellschaften und sonstigen kapitalistischen Gesellschaften — das sind 1,4 Prozent aller Eigentümer (in der Landwirtschaft) — 34 Prozent des gesamten Grundeigentums. Die bäuerlichen Betriebe bis zu 20 Hektar hingegen, das sind rund 88 Prozent aller Eigentümer, müssen mit 37 Prozent des Grundeigentums vorliebnehmen.

Die westdeutsche Wirklichkeit beweist, die so viel angepriesene „freiheitlich - demokratische Ordnung“ ist eine unmenschliche, antihumanistische Ordnung, in der eine kleine Clique sich auf Grund ihrer ökonomischen und politischen Macht das parasitär aneignet, was des Volkes Hände schaffen, in der die werktätigen Bauern hart schuften und dennoch verschulden, liquidiert bzw. auf das Los eines Nebenerwerbsbauern herabgedrückt werden.

Bauern ohne Mitspracherecht

Die „freiheitlich-demokratische Ordnung“ zeigt sich weiter dergestalt, daß die Bauern genauso wie die Arbeiter von jeglicher Mitbestimmung in der Wirtschaft und im Staat ausgeschaltet sind. Im neuen Bonner Bundestag haben sich mittels eines antidemokratischen Wahlsystems die Monopole für 214 Direktoren und Aufsichtsratsmitglieder der Banken und Konzerne Sitz und Stimme verschafft. Dazu kommen noch Vertreter anderer großer kapitalistischer Unternehmer, 192 Beamte und Minister der Monopole, 53 Großgrundbesitzer und Agrarkapitalisten. Diesen stehen nach Bonner Angaben 37 Arbeiter, Handwerker und Angehörige freier Berufe als Mitglieder des Bundestages gegenüber.

Aber das Bonner Parlament ist nur noch Fassade einer vorgetäuschten Demokratie bürgerlicher Art. Die Konzerne und monopolistischen Banken bestimmen wie in allen Bereichen der Wirtschaft, des Staates und des gesellschaftlichen Lebens auch die Entwicklung in der Landwirtschaft. Die Konzerne diktieren auf dem landwirtschaftlichen Markt und über die Preisgestaltung eine ihren Exportinteressen und der Nahrungsmittelbevorratung entsprechende Entwicklung. Sie diktieren die